

Wie politisch ist die Geographie – Zum Verhältnis GW und PB

Heinz Fassmann

1. Einleitung

Die Frauenbewegung der 60er und 70er Jahre hat den Slogan „das Private ist politisch“ geschaffen. Damit hat sie auf die gesellschaftlichen Machtstrukturen, die sich im Privaten, in der Familie, im sozialen Umfeld widerspiegeln, aufmerksam gemacht. Wird dieser Slogan entlehnt und handlungstheoretisch interpretiert, dann wird deutlich, wie politisch die Geographie ist. Wenn das Private politisch ist, dann ist auch das raumbezogene Handeln politisch. Dem folgt, dass mit jeder Standortentscheidung, mit jeder Urlaubsreise und mit jedem Einkauf in der Stadtmitte oder am Stadtrand auch ein politischer Akt verbunden ist.

Die Geographie ist voll von politisch relevanten Fragestellungen und es ist bemerkenswert, wie wenig das Fach dies explizit wahrnimmt, verdrängt oder hinter naturwissenschaftlichen Denkfiguren versteckt. Ob diese Verdrängung des Politischen mit einem Politikbegriff zusammenhängt, dem der Geruch des Unsauberen anhängt oder ob vielmehr das disziplinäre Schubladendenken zur Begründung heranzuziehen ist, welches das Politische der Politikwissenschaft und der Politischen Bildung zuordnet, sei dahingestellt.

Die folgenden Ausführungen erläutern die Institutionalisierung und Lernziele der Politischen Bildung und skizzieren die unterschiedlichen Schnittstellen zum Unterrichtsgegenstand Geographie und Wirtschaftskunde mit besonderer Betonung auf die Oberstufe der AHS.

2. Institutionalisierung der Politische Bildung

2.1 Das Unterrichtsprinzip

Gezielte Bemühungen um eine konsistente Politische Bildung an den Schulen finden sich in Österreich als ein vergleichsweise „verspätetes“ Projekt. In Deutschland wurde die PB viel früher und viel massiver implementiert. Eine Gesellschaft, die an den Nationalsozialismus geglaubt hat, benötigt Umerziehung, war die Meinung der Alliierten, besonders der US-Amerikaner. 1952, am ersten Höhepunkt des Kalten Krieges, wurde in Deutschland die Bundeszentrale für politische Bildung gegründet. Sie sollte das Bewusstsein für Demokratie und politische Partizipation fördern und den Aufbau einer Zivilgesellschaft als Bollwerk gegen rechte, aber auch linke totalitäre Ideologien unterstützen. Die Bundeszentrale wurde zu einer großen Organisation ausgebaut mit Landeszentralen in allen Ländern und einem beachtlichen Spektrum an Aktivitäten.

Österreich kann auf solche Strukturen nicht im Entferntesten hinweisen. Hat Österreich auch nicht notwendig, kann zynisch bemerkt werden, denn der Nationalsozialismus wurde lange Zeit hinweg als deutsches Projekt dargestellt, eine Opferrolle angenommen und alle Bemühungen um eine Zivilgesellschaft standen im Kontrast zu einer etatistischen und paternalistischen Tradition. Es kam daher erst Ende der 60er Jahre und besonders unter Bruno Kreisky Anfang der 70er Jahre zu einer breiteren Diskussion über die Möglichkeiten einer intensiveren Politischen Bildung. Dieser Diskurs kulminierte im Grundsatzterlass des Jahres 1978, unterzeichnet vom damaligen Unterrichtsminister Fred Sinowatz. Politische Bildung wurde darin als Unterrichtsprinzip festgelegt. Das bedeutet: Lehrerinnen und Lehrer an der AHS, der HS und auch der VS waren grundsätzlich gehalten, Elemente der Politische Bildung bei sich bietenden und passenden Gelegenheiten in den Unterricht einzubauen und zu berücksichtigen. Bemerkenswert ist, dass die Form des Unterrichtsprinzips nicht so sehr aus fachdidaktischen Kalkülen gewählt wurde, sondern aus einem schlichten Pragmatismus: Weil die Einrichtung eines eigenen Faches angesichts des Widerstands der Oppositionsparteien ÖVP und FPÖ nicht durchsetzbar war, erschien das Unterrichtsprinzip als gerade noch tragfähiger kleinster und von den politischen Kontrahenten akzeptierter gemeinsamer Nenner. Noch 1974 war beispielsweise geplant, dass aus der Arbeitsgemeinschaft „Geschichte und Sozialkunde – Geographie und Wirtschaftskunde“ ein Pflichtgegenstand „Politische Bildung“ für die Ab-

schlussklassen der AHS entstehen sollte. Dieser Plan scheiterte aber auch an der Befürchtung, dass die Politische Bildung in einem eigenen Schulfach zur Politischen Werbung mutiert.

Andrea Wolf (1998) beurteilt den Grundsatzterlass als einen bemerkenswerten und zu begrüßenden „Bruch gegenüber der Tradition“. Anstelle der Vermittlung der reinen Staatsbürgerkunde erfolgt die Auseinandersetzung mit der Gesellschaft, mit Interessen und Konflikten. Dabei sollen Schüler und Schülerinnen befähigt werden, gesellschaftliche und politische Strukturen in ihrer Art und ihrer Bedingtheit zu erkennen sowie den demokratischen Willensbildungsprozess verantwortungsbewusst zu nützen. Die unantastbaren Grundwerte der Demokratie wie Freiheit, Menschenwürde und Toleranz sind als solche hervor zu streichen und zu fördern.

Bei der Vermittlung der Politischen Bildung sollen drei Grundbedingungen berücksichtigt werden, die sich im Laufe der Zeit aus der Diskussion über die probate Didaktik der Politischen Bildung herauskristallisiert haben:

- Lebensweltliche Anbindung: Auf die Interessenslage und lebensweltliche Situation der Schüler/innen ist Rücksicht zu nehmen;
- Überwältigungs- bzw. Indoktrinationsverbot: Schüler/innen dürfen inhaltlich nicht indoktriniert, manipuliert und überrumpelt werden;
- Kontroversitätsgebot: kontroverse Inhalte sind auch im Unterricht kontrovers darzustellen.

In den Jahren seit der Publikation des inhaltlich nach wie vor respektablen und praktikablen Grundsatzterlasses gab und gibt es die vielfältigsten Initiativen, den Grundsatz mit Leben zu erfüllen. Ein Hochschullehrgang „Politische Bildung“ wurde ins Leben gerufen, eine Servicestelle „Politische Bildung“ im Ministerium eingerichtet, ein Fachjournal „Informationen zur Politischen Bildung“ herausgegeben und eine Vielzahl von Veranstaltungen für kleinere und größere Kreise organisiert. Der Erfolg war beachtlich, denn eine 1991 veröffentlichte Erhebung belegt, dass die überwiegende Mehrheit der befragten Lehrer/innen angab, politisch relevante Themen in ihrem Unterricht eingebaut zu haben (Fassmann, Münz 1991). In offenen Antworten führten sie die große Bandbreite dessen vor, was sie als politisch relevant verstanden: von der Abfallbeseitigung, über Atomenergie und die gesellschaftliche Rolle des Sports bis hin zu Verhütung und Abtreibung. Konkrete Themen über politische Strukturen, über Akteure und Regeln wurden jedoch selten unterrichtet und nicht einmal der Grundsatzterlass war mehr als einem Drittel der Befragten bekannt. Politisch war alles und nichts.

2.2 Der Unterrichtsgegenstand

Die ministerielle Bürokratie bemühte sich daher weiterhin um die Schaffung eines eigenen Faches für „Politische Bildung“. Gestützt wurden diese Aktivitäten durch die Schülervertretung, die in regelmäßigen Abständen Selbiges forderte. 2001 wurde zur Überraschung aller Beteiligten der Unterrichtsgegenstand „Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung“ für die Oberstufe der Allgemeinbildenden Höheren Schulen geschaffen. Der entsprechende Gesetzesvorschlag der ÖVP-Ministerin Gehrler war in einem Paket mit anderen Absichten verpackt. Viel diskutiert wurden damals über die Verhaltensvereinbarungen, die eine paktierte Disziplinierung der Schüler vorsahen. Das lenkte medial ab und ermöglichte damit die Erweiterung des Unterrichtsfaches GSK. Das Gesetz wurde mit Zweidrittelmehrheit beschlossen und trat sofort in Kraft. Es gab aber weder ein Schulbuch, noch konnte der in aller Eile umgearbeitete Lehrplan als ausgesprochen gelungen bezeichnet werden. Der Widerstand der Geschichtslehrer ist und war groß und wurde noch einmal größer als 2003 die Schulstunden für GS und GW gekürzt wurden. Etwas Neues einführen und gleichzeitig weniger Stunden dafür zur Verfügung zu stellen, war tatsächlich keine strategische Meisterleistung.

2.3 Der Lehrplan AHS

Der 2002 im Verordnungsweg veröffentlichte Lehrplan will Schüler/innen dazu befähigen, „die sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Strukturen und Abläufe kritisch zu

analysieren und die Zusammenhänge zwischen Politik und Interessen sowie die Ursachen, Unterschiede und Funktionen von Religionen und Ideologien zu erkennen.“ Des Weiteren soll Interesse an Politik und politischer Beteiligung geweckt und die Identifikation mit grundlegenden Werten der Demokratie, der Menschenrechte und des Rechtsstaates sichergestellt werden. Schüler/innen sollen ihre gesellschaftliche Position und ihre Interessen erkennen und über politische Probleme urteilen und entsprechend handeln können. Dafür sind drei Kompetenzbereiche notwendig: eine Sachkompetenz (Verstehen von institutionellen Regeln, Entscheidungsprozessen etc.), eine Methodenkompetenz (Recherche aus unterschiedlichen Quellen) und eine Sozialkompetenz (Argumentieren eigener Positionen, Reflexionsfähigkeit).

Diese allgemeinen Zielsetzungen folgen dem, was im Grundsatzlerlass bereits formuliert war und was als reflexive politische Bildung bezeichnet werden kann: Politische Bildung soll die Schüler zur politischen Selbstbestimmung, Selbstreflexion und zur Analyse eigener und fremder Interessen befähigen. Wissen, selbstständiges Urteilen und politisches Handeln sind die übergeordneten Ziele.

So modern der Lehrplan beginnt, so defizitär wird sein thematischer Aufbau für die 7. und 8. Klassen. Nach dem der GS-Unterricht in der 5. Klasse mit den Anfängen der Geschichte der Menschen beginnt und bis zum Ende des Mittelalters gelangen soll, erfolgt in der 6. Klasse der Streifzug von der Neuzeit bis zum Ersten Weltkrieg: Die erste Hälfte der 7. Klasse widmet sich der Friedenssicherungspolitik nach 1918 und ihrem Scheitern, den autoritären und totalitären Staatensystemen und ihren Ideologien (insbesondere Nationalsozialismus) sowie der bipolaren Welt nach 1945, ihrem Zusammenbruch und ihrer Transformation. Dann müssen die GS-Kolleg/innen relativ unvermittelt über globale Ungleichheiten, über die Entwicklung der unterschiedlichen Wirtschaftssysteme, über zivilgesellschaftliche Bewegungen sowie über demokratische Grundwerte und Grundstrukturen sprechen. Die Überforderung ist damit programmiert, denn da sind Themen in den Lehrplan hineingestellt, die durchschnittliche GS-Lehrer/innen überfordern und wofür sie auch gar nicht ausgebildet wurden.

Die 8. Klasse ist homogener und inhaltlich auch konsistenter. Nach der Vermittlung der Nachkriegsgeschichte Österreichs folgt das politische und rechtliche System Österreichs, dann die Europäische Union und Europäische Integrationsprozesse, die Rolle der Medien sowie schließlich die Akteure der internationalen Politik. Leicht fällt es den GS-Lehrer/innen dennoch nicht, diese Themen aufzugreifen, denn sie sind politikwissenschaftlich orientiert und folgen nicht mehr dem chronologischen Ordnungsprinzip.

3. Politische Bildung heute: Kein Platz mehr in GW?

Die Politische Bildung wurde als Unterrichtsfach dem GS-Unterricht zugeordnet. Das ist vom Standpunkt von GW bedauerlich, aber zunächst nicht zu ändern. Soll damit GW politikfrei sein? Zwei wesentliche Argumente sprechen dagegen: Auf der einen Seite gilt weiterhin der Grundsatzlerlass und auf der anderen Seite hat der Lehrplan GS/PB nur einen Teil eines breiteren Politikbegriffs implementiert.

3.1 Gültigkeit des Erlasses

Der Grundsatzlerlass des Jahres 1978 ist weiterhin in Kraft. Er verlangt weiterhin die Behandlung von politisch relevanten Themenstellungen im GW-Unterricht. Das heißt: weiterhin sollen Sachinformationen über die historischen und gesellschaftlichen Entstehungsbedingungen politischer Ordnungen vermittelt werden, es sind weiterhin Schüler/innen zu befähigen, politische, kulturelle und wirtschaftliche Zusammenhänge zu durchschauen und sie zur Kritikfähigkeit zu erziehen sowie ist weiterhin die Bereitschaft zu fördern, politische Vorgänge aktiv mitzugestalten. Der Grundsatzlerlass vergrößert damit – wie in allen Jahren seit 1978 – den inhaltlichen Freiraum im Unterricht. Politisch relevante Gegenwartsthemen, eingebracht von Schüler/innen oder Lehrer/innen, können weiterhin unterrichtet werden, auch wenn sie nicht im Lehrplan vorgesehen sind. Keine Schulaufsichtsbehörde wird sich diesen Argumenten verschließen.

3.2 Offenes Terrain

Davon unbenommen sind große Themenfelder der Politischen Bildung in dem vorliegenden GS/PB-Lehrplan nicht abgedeckt, nämlich der gesamte Bereich der Sachpolitik. Damit ist die dritte Dimension eines breiten Politikbegriffs angesprochen (vgl. Dachs, Diendorfer, Fassmann 2005).

Die erste Dimension eines breiteren Politikbegriffs – im Englischen als Polity bezeichnet – wird in GS/PB gut abgedeckt. Polity umfasst den grundlegenden politischen Handlungsrahmen, in dem sich die politischen Akteure zu bewegen haben. Polity meint damit die institutionelle Ordnung und die Strukturen eines Staates wie Verfassung, Gesetze, Regeln, Institutionen, Geschäftsordnungen und anderes mehr. Wenn in der 8. Klasse das politische und rechtliche System Österreichs behandelt werden soll, dann ist damit Politik im Sinne von Polity gemeint.

Die zweite Dimension von Politik umfasst die im Englischen als Politics zusammengefassten Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse, die zwischen den Beteiligten – überwiegend konfliktuell – ablaufen. Politics wird oft mit Politik im landläufigen Sinne gleichgesetzt. Also Streit, Hickhack, Pressestunde, Kronen-Zeitungsdiskurse, die täglichen Anschuldigungen und das reflexartige Zurückweisen der Vorschläge der politischen Mitbewerber. Für diese Politik hat der Lehrplan zwar wenig Platz vorgesehen, dennoch soll die Analyse dieser Politikdiskurse im Unterricht stattfinden, wenn sie von Schüler/inne/n und Lehrer/inne/n aus gegebenen Anlässen eingebracht werden. Dabei geht es aber weniger um die inhaltliche Bewertung – siehe Überwältigungs- bzw. Indoktrinationsverbot –, sondern um die Identifizierung und Rekonstruktion von Interessen und Weltbildern.

Die dritte Dimension umfasst die Sachpolitik, im Englischen die Policy. Welche Strategien zur Behandlung identifizierter Probleme werden vorgeschlagen oder implementiert, welche Ziele im sachpolitischen Bereich werden angestrebt, welche Programme weisen die Parteien auf. Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik, Regionalpolitik, Migrationspolitik, Bildungspolitik oder Außen- und Sicherheitspolitik stellen alle Policy-Bereiche dar, wenn es um ihren sachlichen Kern und nicht um die Auseinandersetzung per se geht.

Diese dritte Dimension ist im Lehrplan GS/PB so gut wie nicht vorgesehen oder wenn, dann sehr lückenhaft. In der 8. Klasse ist ein wenig Medienpolitik sowie Außen- und Sicherheitspolitik vorgesehen. Alle anderen und mindestens ebenso interessante Policy-Bereiche werden jedoch nicht genannt und stehen daher weiterhin zur Disposition.

3.3 GW-relevante Policy-Bereiche

Der GW-Lehrplan der Oberstufe AHS spricht an mehreren Stellen explizit und expressis verbis unterschiedliche Policy-Bereiche an. Der neue Lehrplan ist damit politischer geworden als es der alte war. Drei Beispiele sind zu nennen:

3.3.1 Raumordnung und Kommunalpolitik

In der 8. Klasse wird die politische Gestaltung von Räumen thematisiert. Es soll klar gemacht werden, dass räumliche Strukturen gesellschaftlich produziert werden. Die Raumordnung ist dabei als gestalterisches Element auf kommunalpolitischer Ebene vorzustellen. Was ist ein Bebauungsplan? Was ist ein Flächenwidmungsplan? Welche Aufgabe haben diese Instrumente, wer beschließt was, welche Rolle spielt dabei der Planer und welche die kommunale Bevölkerung? Welche Partizipationsmöglichkeiten sind gesetzlich vorgesehen? Welche Interessensgegensätze sind üblicherweise zu beobachten? Warum betreffen Kommunalpolitik und kommunale Raumordnung alle Bürger?

Diese und ähnliche Fragen sind in der 8. Klasse zu thematisieren, um auch, ganz im Sinne des Grundsatzes, jene Fähigkeiten zu fördern, die notwendig sind, um an der kommunalpolitischen Gestaltung von Räumen mitzuwirken. Dabei muss man auch etwas über die Polity-Struktur aussagen. Welche Kompetenzen besitzt eine Gemeinde laut österreichischer Bundesverfassung? Welche Organe sind vorgesehen und welche Aufgaben haben Bürgermeister, Gemeinderat und Gemeindevorstand? Nicht im Entferntesten werden diese oder andere Fragen vom GS/PB-Lehrplan angeschnitten, obwohl sie für PB insgesamt relevant sind.

3.3.2 Wirtschafts- und Sozialpolitik in Österreich

In der 7. Klasse ruft der Lehrplan auf, sich mit der auch so adressierten Wirtschafts- und Sozialpolitik auseinanderzusetzen. Die Wirtschaftskunde verpflichtet die GW-Lehrenden förmlich dazu, die Wirtschaftspolitik auch als solche anzuschneiden. Dabei erscheint es notwendig, die unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Paradigmen modellhaft zu skizzieren. Was kann und will eine ausgabenorientierte, antizyklische und gegensteuernde Wirtschaftspolitik erreichen? Was spricht hingegen für eine marktorientierte, zyklische und selbststeuernde Wirtschaftspolitik? Relevante Aussagen der Arbeiterkammer oder einer NGO sind den Strategien der EU oder des IMF gegenüberzustellen und kernhaft zu analysieren. Abermals ohne zu indoktrinieren und ohne seine eigene Meinung auf das Podest zu heben, sondern um auf die latenten Zielkonflikte einer Wirtschaftspolitik aufmerksam zu machen. Es soll klar werden, dass es kein objektives Maß für die Vorzüglichkeit der einen oder anderen Strategie gibt, sondern dass es von der Bewertung abhängig ist, was als besser oder schlechter erscheint („Magisches Vieleck“).

Österreichs Wirtschafts- und Sozialpolitik ist vor diesem bipolaren Raster zu analysieren. Was ist besonders an Österreichs Wirtschafts- und Sozialpolitik? Welche Vorteile bringt die Sozialpartnerschaft, welche Nachteile sind implizit dabei? Vor welchen Herausforderungen steht die Sozialpolitik aufgrund des demographischen Wandels? Die im Lehrplan der 7. Klasse zuvor genannte Thematik „Demographische Entwicklung und gesellschaftspolitische Implikationen“ bereitet die notwendigen Grundlagen dafür. Die gesellschaftspolitischen Herausforderungen einer alternden und multikulturellen Gesellschaft werden abermals explizit genannt.

3.3.3 Europäische Wirtschaftspolitik und Regionalpolitik

Das dritte Beispiel eines explizit genannten Policy-Bereichs stammt aus der 6. Klasse, dem Europajahr. Eines von fünf Großthemen lautet: „Wettbewerbspolitik und Regionalpolitik“. Im Rahmen dieser Thematik ist eine grobe Übersicht über räumliche Disparitäten sowie über Zentren und Peripherien in Europa zu geben. Die grundsätzlichen Aussagen der EU hinsichtlich territorialer Kohäsion sind vorzustellen und die wesentlichen Instrumente der Regionalpolitik zu nennen. Beispiele aus dem Burgenland oder, wenn möglich, aus Ziel-2-Gebieten der eigenen Lebenswelt sind in den Unterricht einzubeziehen.

Zur Wettbewerbspolitik zählt auch die Verkehrspolitik. In den vom Transit besonders belasteten Regionen wird man diesem Policy-Bereich nicht ausweichen können. Warum ist der freie Warenverkehr wichtig? Welche anderen Ziele stehen dazu aber im Gegensatz? Welche Lösungen werden diskutiert? Der Lehrplan räumt dafür Platz ein. Im GW-Lehrplan der 6. Klasse steht explizit: Maßnahmen der europäischen Verkehrspolitik und deren Auswirkungen sind kritisch zu bewerten.

4. Fazit

Politische Bildung wurde 2001 zur GS dazugestellt, weil das Fach, welches über historische Staatswerdung kernhaft referiert, als geeigneter angesehen wurde, auch den traditionellen Kern der Politischen Bildung – die Staatsbürgerkunde – zu übernehmen. Dass Politische Bildung jedoch deutlich mehr ist als nur Staatsbürgerkunde, kam bei der Überlegung über die Zuordnung zu kurz. Eine moderne Politische Bildung könnte genauso der GW zugeteilt werden, aber bestimmte Denktraditionen in der ministeriellen Bürokratie haben eben eine große Halbwertszeit.

Dennoch: Die Ausführungen zeigen, dass eigentlich nur der Polity-Bereich eines breiten Politikbegriffs zur GS wanderte, nicht jedoch der Policy-Bereich. Explizit macht dies der Oberstufenlehrplan GW in der AHS deutlich, der Raumordnungs- und Regionalpolitik sowie Wirtschafts- und Sozialpolitik auf österreichischer und europäischer Ebene nennt. Diese Nennung von Policy-Bereichen muss aber sowohl im Unterricht als auch in den Schulbüchern aufgegriffen werden, damit in Zukunft eines nicht mehr bezweifelt wird: Geographie und Wirtschaftskunde bilden ein hochgradig politisches und gesellschaftlich relevantes Fach.

5 Literatur

- DACHS, Herbert, DIENDORFER, Gertraud und Heinz FASSMANN: Politische Bildung. Wien 2005
 FASSMANN, Heinz und Rainer MÜNZ: Politische Bildung im Schulunterricht. Bericht über eine empirische Erhebung im Auftrag des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst. Wien 1991
 WOLF, Andrea (Hg.): Der lange Anfang – 20 Jahre „Politische Bildung in den Schulen“. Wien 1998.